

Untragbare Belastungen für die Gemeinden

Es ist im Interesse des einzelnen Bürgers, dass seine Grundrechte geschützt werden und auch die wirtschaftliche Existenz gesichert ist. Ein sozialer Abstieg bis zum Sozialhilfeempfänger kann theoretisch jede und jeden betreffen. Die Entwicklungen der letzten Jahre haben die Glaubwürdigkeit der Sozialhilfe allerdings stark beschädigt und den guten Grundgedanken ab absurdam geführt. Die Bemessung der Leistungen geht vom Schweizer Durchschnitt aus und soll allen ein würdevolles Leben in der Mitte der Gesellschaft ermöglichen. Dies auch nur solange bis die betroffenen Personen wieder auf eigenen Beinen stehen können.

Strategische Zuwanderung aus Eritrea

Die Auswüchse dieses Systems sind nun jedoch untragbar geworden und bedürfen einer Korrektur. Es kann nicht sein, dass die Asylpolitik auf dem Buckel von Schweizer Gemeinden ausgetragen wird, indem eine von Schleppern geplante und gut organisierte Zuwanderung von Menschen aus Eritrea einfach geduldet, und sogar durch die schnelle Anerkennung des Flüchtlingsstatus gefördert wird. Dadurch entstehen den Gemeinden Kosten in Millionenhöhe. Zudem wird mit jeder eritreischen Familie, die mit einem Schlag vom afrikanischen Lebensstandard auf den Schweizer Standard gehoben wird, ein weiterer Anreiz für die Massenemigration geschaffen. Dies kann sicherlich nicht unser Ziel sein.

Nur noch Rechnungszahler ?

Neben den Kostenfolgen dieser Sozialpolitik wird nun aber noch eine weitere Frage von staatspolitischer Bedeutung aufgeworfen: Sind die Gemeinden nur noch Rechnungsempfänger oder haben sie noch über ihre Kosten mitzuentcheiden? Im Fall von Hagenbuch wird deutlich, dass die Gemeinde nur noch ein verlängerter Arm der kantonalen Verwaltung sein darf. Das Widerhandeln wurde nun mit einer Anzeige sanktioniert. Dies ist unabhängig vom juristischen Standpunkt, eine problematische Entwicklung und wird unser bisher sehr effektives Milizbehördensystem weiter schwächen. Eine stetige Abwertung von freiwilliger Behördenarbeit und gutschweizerischer Leistungsbereitschaft, wird zu einer immer stärkeren Anspruchshaltung und steigenden Kosten führen.

Von unten her Kämpfen

Diesen Entwicklungen muss nun mit aller Entschlossenheit Einhalt geboten werden. Solange sich nichts an der Asylpraxis des Bundes ändert, müssen die Gemeinden von der Basis her aktiv werden und ihrerseits Strategien entwickeln, die den Interessen der einfachen Bürgerinnen und Bürger und nicht fernen Entscheidungsträgern dienen.

Daniel Wäfler